
Eine Agenda für die nächsten 10 Jahre in der EU

Österreich kann Spitzenstellung
mit Gestaltungsrolle in Europa verbinden

Karl Aiginger

Neupositionierung durch Beitritt

Der Beitritt Österreichs zur EU war für Österreich ein Gewinn. Auch ist die EU ein weit unterschätztes Erfolgsprojekt: in allen Mitgliedsländern bezeichnen sich Bürger und Bürgerinnen in der Mehrzahl und in steigendem Ausmaß als Europäer, in Österreich sind es 73 % (Aiginger und Handler, 2020). Aber das Reformprojekt erlebt auch Krisen, wie den Brexit, und es gibt ungelöste Probleme: Unverständnis zwischen alten und neuen Mitgliedern, Ungleichheit und überraschend hohe und wieder steigende regionale Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung.

Die nächsten zehn Jahre Österreichs in der EU werden noch wichtiger als das vergangene Vierteljahrhundert. Österreich ist von der Mitte an die Spitze gelangt, vom Rand ins Zentrum, von einem Land, in dem die großen Konzerne Töchter hatten, zu einem erfolgreichen Investor in Zentral- und Osteuropa und nun auch am Westbalkan geworden. Österreich muss daher die Rolle des zurückhaltenden oder sogar bremsenden Mitläufers aufgeben und eine Führungsrolle übernehmen. Es muss Europa dabei helfen, die Weltordnung sozialer und ökologischer zu gestalten.

Erfolgsbilanz eines kleinen Landes

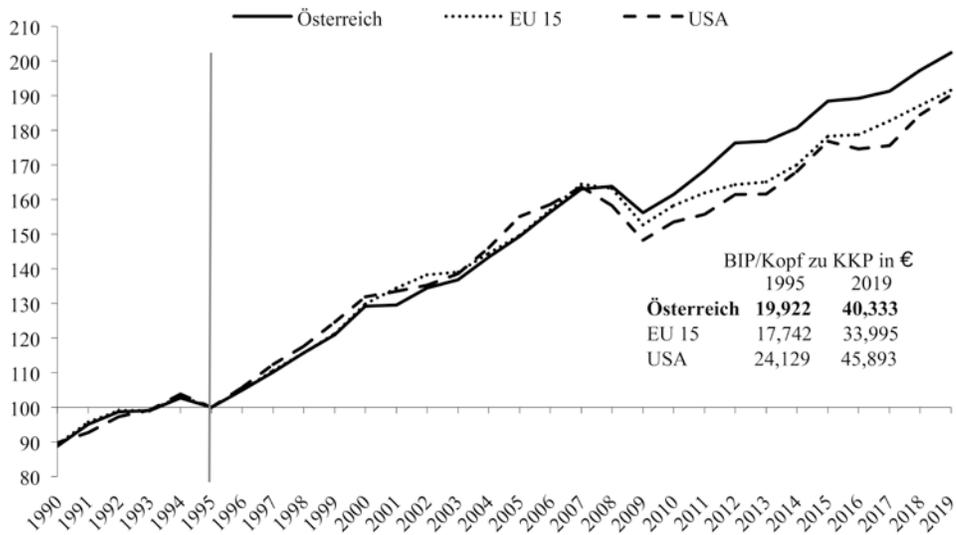
Bei der Erfolgsbilanz können wir uns kurzhalten. Sie ist für Österreichs Mitgliedschaft beeindruckend. Das Wachstum war um 20 % höher, als es ohne Beitritt gewesen wäre (Breuss, 2020), die Beschäftigung liegt höher, die Inflation niedriger. Verglichen mit den anderen Ländern, die gleichzeitig beigetreten sind, hatte Österreich die größten Gewinne nach makroökonomischen Indikatoren¹. Die Außenbilanz, die ständig negativ war, ist ausgeglichen oder positiv. Das BIP pro Kopf, das in Österreich immer niedriger als im EU-Schnitt und in Deutschland lag, ist nun höher. Österreich hat die zweithöchste Forschungsquote und die Lebenserwartung bei der Geburt ist um mehr

als fünf Jahre gestiegen. Nicht alles ist auf den EU-Beitritt vor 25 Jahren zurückzuführen, aber er hat dazu beigetragen.

Von einer Mittelposition an die Spitze ist ein Erfolg, vom Rand in die Mitte war das Rezept. An der Spitze ist aber die Luft dünner, die Erwartungen sind höher und das Umfeld anspruchsvoller. Mit dem Klimawandel entsteht eine neue Herausforderung: ein weltweiter Temperaturanstieg um 3 Grad bedeutet in Österreich 5 Grad und da gibt es keinen natürlichen Schnee in den Voralpen und keinen zugefrorenen See. Kunstschnee und Eismaschinen sind »Anpassungsmaßnahmen«, aber beschleunigen die Katastrophe langfristig.

Die völkerrechtliche Neutralität Österreichs ist heute neu zu interpretieren, aber sicher kein Hindernis, in der Europapolitik aktiv mitzuwirken, sich an der Beilegung von Konflikten oder der Bekämpfung von Hunger zu beteiligen oder das Verbot von Waffenexporten durch EU-Mitglieder durchzusetzen.

Abbildung: BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten in €



Q: Eurostat.

Friedensprozesse auch an Österreichs Grenzen

Wie erfolgreich der europäische Einigungsprozess über 50 Jahre verlief, zeigen zwei unterschiedliche Indikatoren. Erstens ist die Zahl der Mitglieder der EU von 6 auf 28 gestiegen². 10–15 weitere Staaten warten in unterschiedlichen »Vorzimmern« des Europäischen Gebäudes. Die Türkei haben wir abgewiesen, als sie 1987 den Beitrittsantrag stellte, mit einem »Ergebnis«, an dem nicht nur Europa leidet, sondern auch Kurden und Araber, und über das sich Putin zaristisch freut.

Als zweiter Indikator dient, dass auf dem Gebiet der EU keine Kriegshandlung mehr stattfand, auf einem Kontinent, wo es immer Konflikte zwischen Nachbarn gege-

ben hatte. In Südtirol fliegen keine Bomben mehr, in Kärnten werden keine Ortstafeln heruntergerissen, ein Kroatier war Minister in Österreich, ohne dass es Proteste gab, eine Bosnierin ist heute mit breiter Zustimmung Ministerin, eine Österreicherin in der slowenischen Regierung. In Irland herrscht Friede zwischen Religionen, in Spanien ist der Konflikt mit den Basken entschärft, an dem mit den Katalanen wird gearbeitet. Meereszugänge zur Adria wurden ausgehandelt, zwischen Serbien und dem Kosovo könnte es bald Flugverbindungen geben. Der Namensstreit zwischen Griechenland und Mazedonien wurde salomonisch gelöst.

Aber der Friede wird für selbstverständlich gehalten, sodass er nicht mehr als großes europäisches Ziel gilt. Und seit der Flüchtlingskrise fordern alle Länder einen teuren Außenschutz, ohne dass die nach innen gerichteten 28 Militärsysteme entrümpelt werden. Sie kosten zusammen mehr als jene von China und Russland.

Eurokrise war ein Test, Populismus ist der nächste

Europa hat an Dynamik verloren, es erlebt eine Midlife-Crisis auch wegen seiner Erfolge und der damit aufkeimenden Selbstzufriedenheit. Die EU und die gemeinsame Währung haben sich in der schwierigsten Situation bewährt. Die Eurokrise wurde gelöst, das Bankensystem stabilisiert. Die Arbeitslosigkeit sinkt wieder.

Aber Europa braucht eine neue Vision, wohin es will und mit welchem Narrativ die Zustimmung zum gemeinsamen Europa weiter erhöht und aufkeimender Populismus in die Schranken verwiesen werden kann. Jean-Claude Juncker hat das kleinliche Versprechen abgegeben, die EU unter seiner Präsidentschaft nicht zu erweitern, Präsident Macron bremst am Westbalkan. Populisten nutzen diese Fehler aus.

Populismus hat vier Ursachen (Aiginger, 2019A, 2019C). Er wird *erstens* genährt durch *wirtschaftliche Probleme*: dazu zählen Arbeitslosigkeit, Ungleichheit, geringe Einkommensdynamik oder etwa die Abwanderung der Jugend aus den osteuropäischen Mitgliedsstaaten.

In die *zweite* Gruppe fallen »kulturelle« *Ursachen*. In den letzten Jahrzehnten wurden konservative Werte von liberalen Werten abgelöst. Nicht alle Menschen können sich mit Geschlechtergleichheit, Minderheitenschutz, neuen Formen des Zusammenlebens und permanentem Gendern anfreunden. Populisten werden zum Sprachrohr des bisher stillen Widerstands.

Drittens entstehen durch Globalisierung und technischen Wandel *Ängste und Unsicherheit*. Früher hochbewertete Qualifikationen verlieren an Bedeutung, dies erzeugt Abstiegsgefahr. Dazu kommt *viertens Politikversagen*. Globalisierung und europäische Integration sind für die Mehrheit ein Vorteil. Aber sie entwerten auch traditionelle Instrumente der Wirtschaftspolitik, wie Kündigungsschutz, lebenslange Sozialleistungen und Protektionismus für »National Champions«.

Neue Instrumente der Wirtschaftspolitik müssten die Verlierer befähigen, auf die Gewinnerseite zu wechseln, z.B. durch Weiterbildung, Umschulung und breitere Erstausbildung. Versagt die Wirtschafts- und Bildungspolitik, dann verlieren Menschen das Vertrauen in die Politik und wählen Populisten, die eine goldene Vergangenheit oder kulturelle Homogenität beschwören³.

Mit Populisten an der Macht werden Probleme nicht gelöst. Wenn sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert, dann wird ein Außenfeind gesucht, sei es George Soros, der Islam oder die Zentralisten in Brüssel.

Reformbedarf: national und in Europa

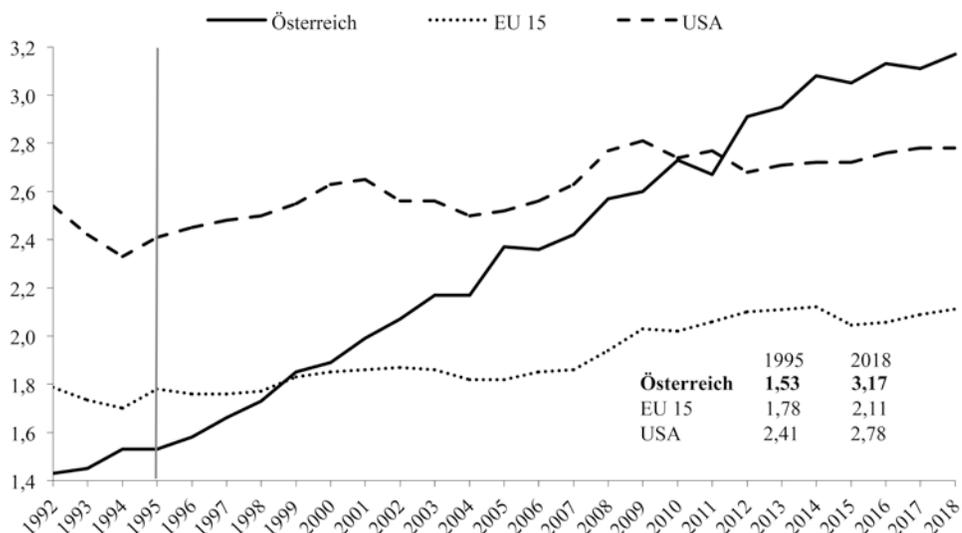
Die Bekämpfung populistischer Regime bedarf einer Reformstrategie. Diese beginnt mit einer ungeschönten, aber nicht übertrieben negativen Darstellung der wirklichen Problemlage. Dann benötigt sie eine Vision, ihre Diskussion mit der Bevölkerung und nicht zuletzt Massnahmen zur Umsetzung (Aiginger 2019A, 2020). Wir betonen im Folgenden österreichische Reformnotwendigkeiten, weil dies in die Analyse des 25-Jahr-Jubiläums des Beitrittes eingebettet werden kann. Für Zentral- und Osteuropa können wir auf einen früheren Artikel in diesem Journal verweisen (Aiginger, 2019E).

Umschichtung der Investitionen zu Ausbildung und Forschung

Österreich hat hohe Ausgaben für Straßen und Tunnels, also die traditionelle Infrastruktur. Die Investitionen in das Bildungssystem liegen im Mittelfeld und sind ineffizient. Frühkindliche Erziehung wurde erst spät forciert. Schulen sind geschlossene Anstalten, in die man ohne langjährige, formelle Ausbildung nicht hineindarf, sodass für jedes Problem ein neuer »Lehrer« nötig ist. Auswendiglernen und Latein sind wichtiger als Problemlösungen oder die Befähigung zum Wechsel. Die Pisa-Ergebnisse und die Leseschwäche eines Viertels der Jugendlichen dokumentieren das Ergebnis. Der EU-Beitritt hat bessere Vergleiche gebracht, aber der Reformanstoß kommt eher von der OECD.

Die österreichischen Forschungsausgaben sind mittlerweile höher, als es die Lissabon-Strategie verlangt, hier hat der Beitritt geholfen⁴, aber die Effizienz der Ausgaben ist verbesserungsfähig. Die Universitäten wurden nach internationalem Vorbild reformiert (Trennung in Bachelor-, Masterstudien und Post-Graduate-Lehrgänge). Das Erasmus-Programm hat einen Entwicklungsschub erbracht, ebenso sind die Fachhochschulen ein Megaerfolg⁵. Aber die österreichische Forschungsstrategie, die einen Spitzenwert bei Innovationsleistungen, wie z. B. bei Patenten anpeilt, wurde nie umgesetzt. Die Mahnungen im »europäischen Semester« sind ungenügend.

Abbildung: Forschungsausgaben in % des BIP



Q: Eurostat, Statistik Austria.

Fehlende Migrationspolitik

Österreich hat eine alternde Bevölkerung und ist ein Einwanderungsland. Durch Migration steigt die Bevölkerung wieder in Richtung 10 Mio., bzw. in Wien auf 2 Mio., nachdem sie Jahrzehnte lang gesunken war. Aber es gab keine gezielte Anwerbung von Qualifizierten, unbeholfene Versuche sind an überstrenge Kriterien gebunden. Zuwanderung ist »passiert«: sei es nach der Ungarnkrise, dem Bosnienkonflikt, der deutschen Wiedervereinigung oder dann in der Flüchtlingskrise 2015. Am ehesten nachfragegeleitet war die Anwerbung von Serben in den siebziger Jahren, durch von verzweifelten Unternehmen finanzierte Busse. Die Integration der zweiten Generation der Migranten in das Schulsystem bleibt schwach, ihre Kinder haben deutlich geringere Chancen auf Ausbildung oder Studium. Studenten aus Asien oder Afrika wählen nicht Österreich als Studienplatz.

Heute wird diskutiert, ob man Lehrlinge während oder nach der Ausbildung abschieben darf. Die durch Probleme in Herkunftsländern geleitete Migration strömt vor allem nach Wien, nicht nach Westösterreich, wo Arbeitskräfte gesucht werden. Österreichische Bezirke (z. B. Güssing), in denen die Bevölkerung um ein Drittel sinkt und Geschäfte und Restaurants früh schließen, haben keine Strategie. Sie planen weder die Jugend zurückzuholen noch Betriebsgründungen zu erleichtern oder Flüchtlinge anzuwerben.

Der gefährlich dumme »große Bruder«

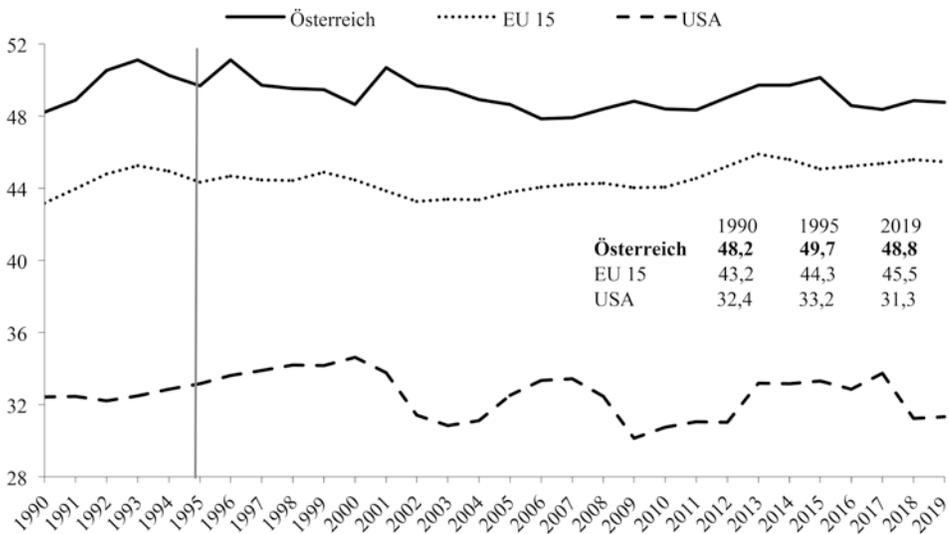
Der Staat in allen seinen Verästelungen ist groß, aber – im Gegensatz zur Befürchtung von George Orwell bezüglich des technologisch überlegenen »Big Brother« – mehr als ungeschickt. Er verbraucht fast 50 % der Wirtschaftsleistung, in Österreich mehr als in anderen Ländern, in Europa mehr als in den USA, Japan und Ostasien. Von einem Rückgang der Steuerbelastung in der Phase des »Neoliberalismus« ist nichts zu sehen. Mit der EU-Mitgliedschaft war eine kleine Bremse bei Defiziten und Schulden verbunden (»Maastricht-Kriterien«). Nach der Finanzkrise stiegen Ausgaben und Schulden wieder, es wäre vorteilhaft gewesen, wenn das von niedrigerem Niveau aus geschehen wäre.

Die Struktur der öffentlichen Ausgaben bleibt schlecht. Die Ausgaben für staatliche und europäische Bürokratie steigen. Im Gegensatz dazu stagnieren die Forschungsausgaben in Frankreich, Italien und Großbritannien bei 2 %, statt auf 4 % angehoben zu werden, wie es für Länder mit hohem Einkommen in der Europa-2020 Strategie angedacht war. Europa ist in der Schulqualität mit Ausnahme Finnlands, das Integration und Dezentralität verbindet, kein Vorreiter. Es hat höhere physische Investitionen als die USA und ein großer Teil des EU-Budgets finanziert Agrarsubventionen. Die Subventionen für fossile Energie sind in Europa höher als für erneuerbare, die Waffenexporte und Agrarsubventionen schaden Afrika mehr, als sie Europa nutzen.

Die Steuereinnahmen der Mitgliedsländer belasten einseitig den Faktor Arbeit, Emissionen und Energieverbrauch sind niedrig besteuert, Flug- und Schiffsverkehr praktisch gar nicht. Die geringen Eigenmittel der EU sind ebenfalls nicht optimal. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel sind gering, weil der Emissionspreis zu niedrig ist, was wieder darauf zurückgeht, dass Großverbraucher von der Notwendigkeit des Erwerbs von Zertifikaten oft befreit sind. Eine Finanztransaktionssteuer, die kurzfristige Spekulationen belasten würde, wird seit 10 Jahren diskutiert, eine Initiative einer kleinen Ländergruppe beschränkt sich auf Aktien und wäre kontraproduktiv.

Nun ist nicht alles leicht zu ändern. Aber das Problembewusstsein ist durch den EU-Beitritt nicht gestiegen. Juristen betonen, dass nationale Steuern keine EU-Kompetenz sind, der Realpolitiker weiß, dass die EU erfreulicherweise immer eine Mitentscheidung durchsetzen konnte, wenn sie wirklich wollte. Die wirtschaftspolitischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters könnten genutzt werden, um schrittweise die Steuerstruktur zu ändern. Es darf aber keine schiefe Ebene geben, bei dem für jedes Problem neue Staatsausgaben verlangt werden, während bestehende Ineffizienzen weiterfinanziert werden. Für jede neue Ausgabe und jede neue Regulierung wäre eine alte, oder besser zwei bisherige, zu streichen. Ein höheres EU-Budget in der nächsten mehrjährigen Finanzierungsperiode 2021–27 (MFR) ist nur sinnvoll, wenn nationale und regionale Budgets effizienter werden. Wenn wir eine europäische Grenzsicherung benötigen und für die Integration von Migranten Geld brauchen, müssen nach innen gerichtete Militärausgaben gestrichen werden.

Abbildung: Staatseinnahmen in % des BIP



Q: Eurostat.

Bessere Arbeitsteilung, radikal neues EU-Budget (MFR 2021–27)

Weder für Österreich noch für die anderen Mitglieder ist die Frage, ob es generell mehr oder weniger EU geben soll, die richtige Problemstellung. Es sollte mehr Grundsatzentscheidungen auf europäischer Ebene geben und mehr Kreativität und Freiraum bei der dezentralen Umsetzung auf Länderebene. Top-down-Ziele, Bottom-up-Umsetzung und dann wieder zentrale Überprüfung der Zielerreichung wären ein guter dreistufiger Mechanismus (Aiginger 2017).

Europäische Regionalförderung mit der Verpflichtung zu verbesserter Planung im Fördergebiet hat zum Aufholprozess des Burgenlandes ebenso beigetragen wie zur Entwicklung von Randgebieten zu den neuen Mitgliedsländern. In der Europäischen

Agrarpolitik hat Franz Fischler ein Umdenken eingeleitet. Bei der Definition von Bergbauern hat Österreich am Beginn dieses Jahres erfahren, dass es nicht hilft, Betriebe, deren Tiere nie den Stall verlassen, als Biobetriebe zu bezeichnen. Beim Verbot von Glyphosat versucht Österreich immer EU-Regeln zu umgehen. Den Ausstieg aus der Kohle sieht Österreich positiv, das Verbot der Förderung von Atomkraft ist uns ein Anliegen.

Elemente einer neuen Strategie

Begeisterung braucht Visionen

Die generelle Zustimmung zu Europa ist gegeben. Die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger sowohl in Österreich als auch in allen anderen Mitgliedsländern fühlt sich heute auch als Europäer, in keinem Mitgliedsland befürwortet eine Mehrheit der Bevölkerung den Austritt, nicht einmal in Großbritannien und noch weniger in Ungarn, in Polen ist die Mehrheit für die Mitgliedschaft besonders groß, weil diese einen Schutz vor Russland bietet.⁶

Dennoch kann diese Zustimmung nur gehalten werden, wenn sie sich letztlich in einem Narrativ und dann in Programmen niederschlägt. Eine hervorragende Gelegenheit, die wirtschaftlich, gesellschaftlich und für Europa als Gestaltungskraft vorteilhaft ist, ist die Klimapolitik.

Chance auf europäische Führungsrolle (»lead«)

Da gleichzeitig die USA aus der Klimapolitik aussteigt und China bei seinen Auslandsinvestitionen keine Umweltziele verfolgt, muss Europa hier eine Führungsrolle übernehmen. Dies würde seine politische und wirtschaftliche Position stärken und Europa eine Mitsprache bei der neuen Weltordnung ermöglichen.

Dafür müssen die europäische Politik und die Mitgliedsländer umdenken. Die Verursachung von Schäden muss teurer werden, Investitionen zur Lösung billiger. Energie- und Ressourceneffizienz sollen ebenso forciert werden wie Kreislaufwirtschaft und kürzere Transportwege.

Die Vorreiterrolle im Klimaschutz ist, wenn sie strategisch geplant ist, kein Nachteil für die Wirtschaft, sondern ein Vorteil (Porter und van der Linde 1995; Stern, 2007; Aiginger 2016). Technologien können entwickelt und anderen Ländern angeboten werden. Schäden an Infrastruktur und Gesundheit können vermieden werden. Da Klimaschäden die Lebensbedingungen von Beziehern niedriger Einkommen weit überproportional verschlechtern, ist Klimaschutz auch Sozialpolitik.

Zurück zum Brückenbauer und Vorreiter in der Klimapolitik

Österreich hatte während der ersten 10 Jahre der EU-Mitgliedschaft eine Vorreiterrolle gehabt, diese aber dann mit dem Argument »no goldplating« aufgegeben. Nun klingt es vordergründig vernünftig, wenn ein kleines Land nicht vorausgeht, wenn größere Länder hohe und steigende Emissionen haben. Andererseits müssen immer die wohlhabenderen Länder vorangehen, auch die Löhne sind in Österreich höher als in Bangladesch. Das neue Regierungsprogramm bekennt sich wieder zur Vorreiterrolle Österreichs, indem die Klimaneutralität schon 2040 erreicht werden soll. Auch die Wiederaufnahme der Brückenbauerfunktion zu Ost- und Mitteleuropa hat das Klima-

thema in den Mittelpunkt zu rücken, da der Ersatz von Kohle und Atom neue Technologien benötigt, für die Österreich Patente hat und Vorbild sein kann.

Österreich hat bei der Ostöffnung eine entscheidende Rolle gespielt und daraus wirtschaftliche Vorteile gezogen. Es sollte auch in der Integration des Westbalkan offensiver sein, aus wirtschaftlichem Eigennutz und auch, um die Machtgelüste Russlands, Chinas und der Türkei einzuschränken.

Die türkis-grüne Regierung hat die Ambition, Österreich vom zaudernden Mittelständler zur Führung in der Bekämpfung des Klimawandels zurückzuführen. Wobei es auch notwendig ist, diese neue Führungsrolle sozial zu gestalten. Wer die Klimaprobleme nur durch Preiserhöhung lösen will, ohne Steuersenkung für Pendler und niedrige Einkommen, erzeugt Widerstand, ebenso wer es mit Verboten und nicht mit Anreizen schaffen will.

Partnerschaftspolitik mit Doppeldividende

Österreich und Europa müssten aber auch mehr in Afrika investieren, wobei hier Bildung und vor allem die Berufsbildung und Weiterbildung die europäische USP gegenüber China wären. Ein wirtschaftlicher Erfolg Afrikas, der übrigens überall deutlich sichtbar ist, wenn es eine Friedensperiode gibt, ist auch zum Vorteil Europas. Die Bevölkerung Afrikas steigt noch in diesem Jahrhundert von 1,2 Mrd. auf 3 Mrd. und die Menschen werden nur dann in Afrika bleiben, wenn es Friede, weniger Dürren und eine wachsende Wirtschaft gibt. Afrika darf dabei nicht europäische Technologie mit hohem Anteil von fossiler Energie benützen. Und Europa kann dabei lernen und Migrationswellen einschränken. Und wenn Migration trotzdem stattfindet, ist sie leichter integrierbar, und es kann zirkuläre Migration sein zum Vorteil für beide Partner.

Die nächsten zehn Jahre

Österreich hat von der EU-Mitgliedschaft stärker als andere Länder profitiert. Es ist vom Rand Europas in die Mitte gerückt und bei den Einkommen vom Mittelständler zur Spitze aufgestiegen. Österreich hat jetzt eine positive Außenbilanz und verfügt über Leitbetriebe mit Töchtern nicht nur in Zentral- und Osteuropa, sondern in der ganzen Welt. Der besondere Bonus durch die Mitgliedschaft war nicht nur geografisch begründet, sondern auch die Folge des frühen Engagements im Osten. Die Auflösung von Verkrustungen und Überregulierungen haben die Inflation stark gesenkt. Reformen in vielen Bereichen wurden initiiert. Die Bio-Landwirtschaft ist eigentlich erst entstanden, als sie mit EU-Mitteln gefördert wurde. In den ersten 10 Jahren der Mitgliedschaft war Österreich auch ein Vorreiter in der Klimapolitik, angeregt durch die Verschmutzung der Seen, sauren Regen und Waldsterben. Das Burgenland konnte stark aufholen, weil Fördermittel an eine Zukunftsplanung gebunden waren.

Österreich hat den Beitritt aber nicht genutzt, um bei den langfristigen Erfolgsdeterminanten an die Spitze zu gelangen. Es hat keine Top-Universitäten, die Patentbilanz ist mittelmäßig. Sowohl bei Forschung als auch im Bildungssystem werden mit hohem Aufwand und Personal nur mittlere Ergebnisse erzielt (Tichy, 2017). Bei der Migration ist Österreich zu seinem eigenen Vorteil ein Einwanderungsland geworden, Wien schrumpft nicht mehr, sondern wird wieder 2 Millionen Einwohner erreichen. Nur dadurch bleiben Geschäfte und Lokale länger geöffnet, Taxis sind auch in der Nacht und bei Regen verfügbar, auch wenn sie noch immer nicht zum Flughafen und retour fahren dürfen. Die Migrationsstrategie blieb jedoch passiv, sie wurde von

den Problemen in den Herkunftsländern getrieben und weder durch benötigte Qualifikationen noch durch regionalen Bedarf gesteuert. In zehn österreichischen Bezirken schrumpft die Bevölkerung um ein Drittel, ohne dass Pläne verlangt werden, wie man das ändern kann.

Die Zustimmung in Österreich zur EU ist hoch und konstant. Sie leidet aber daran, dass die EU immer wieder für Probleme verantwortlich gemacht wird, wo Mitglieder Verbesserungen verhindern. Steigender Verkehr und Emissionen könnten mit hohen und stark differenzierten kilometerabhängigen Mauten reduziert werden, und die Bahn wäre schneller und billiger, wenn nicht an jeder Grenze Personal, Technik und Vorschriften wechseln müssten. Der Energieverbrauch wäre effizienter und grüner, wenn nicht ein Land die Kohle, ein anderes Atomkraft subventionieren würde, ein drittes nach Öl bohrt, obwohl seine Nutzung mit den Klimazielen unvereinbar ist und Diesel- und Benzinautos spätestens 2030 verboten sein müssen. Europäische Projekte könnten finanziert werden, ohne den Steuerzahler zu belasten, wenn spekulative Finanztransaktionen besteuert würden und Subventionen für fossile Energie oder Großbauern reduziert würden. Die Einstimmigkeit von Beschlüssen ist ein Problem, das Europäische Parlament hat kein Initiativrecht.

Europa muss in der Klimapolitik die Führungsrolle übernehmen, mit dem Konzept des European Green Deal zeigt Ursula von der Leyen die Bereitschaft der Kommission. Österreich will mit der vorgezogenen Klimaneutralität 2040 seine frühere Spitzenstellung zurückgewinnen. Europa muss stärker in Afrika investieren und eine Partnerschaft mit diesem neuen Wachstumsmotor anstreben. Mit einer humanitär begründeten und wirtschaftlich durchdachten Migrationspolitik kann die Bevölkerungsexplosion in Afrika bei gleichzeitigem Alterungsprozess in Europa zu einer Win win Situation werden. Auch die interne Wanderung der Jugend von Ost- nach Westeuropa und vom Süden in die großen Städte kann besser abgedeckt werden. Das Bildungssystem muss verbessert werden, Bildungsvererbung und soziale Ungleichheiten müssen beendet werden.

Dann kann das Erfolgsmodell Europa fortgesetzt werden und Europa wird auch in der Globalisierung eine gestaltende Rolle spielen. Es kann zur sozialen, nachhaltigen und humanitären Gestaltung der Neuen Weltordnung beitragen und diese unabhängiger machen von politischen Systemen in China, Brasilien und den USA.

Literatur

- Aiginger, K. (2016), *New Dynamics for Europe: Reaping the Benefits of Socio-ecological Transition*, WWWforEurope Synthesis Report, Vienna-Brussels.
- Aiginger, K. (2017), »Mehr nationale Souveränität durch eine neue Europapolitik – Das Dilemma zwischen globalen Herausforderungen und nationalem Gestaltungswunsch«, Querdenkerplattform: Wien-Europa, Working Paper, (1).
- Aiginger, K. (2019A), »Populism and Economic Dynamics in Europe«, Querdenkerplattform: Wien-Europa, Policy Paper, (1).
- Aiginger, K. (2019B), »Analyse der Wahlprogramme für die Europawahlen«, Querdenkerplattform: Wien-Europa, Policy Paper, (2).
- Aiginger, K. (2019C), »Populism: Roots, consequences, and counter strategy«, VOX CEPR Policy Portal, 20. April.
- Aiginger, K (2019D), »Europa muss globale Klimapolitik anführen«, Querdenkerplattform: Wien-Europa, Policy Paper, (3).
- Aiginger, K., (2019E), »Auch erfolgreiche Transformationen erleben kritische Momente«, Europäische Rundschau, (3), S. 21–30.

- Aiginger, K., Brunauer R. (2017), Mehr nationalen Spielraum durch ein stärkeres Europa, Ökonomenstimme 25.2. 2017
- Aiginger, K., Rodrik, R., (2020), »Rebirth of Industrial Policy and an Agenda for the Twenty-First Century«, Journal of Industry, Competition and Trade, 2020, <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s10842-019-00322-3.pdf>.
- Aiginger, K., Handler, H. (2017), »Towards a European Partnership Policy (EPP) with the South and the East. Fostering Dynamics, Fighting Root Causes of Migration«, Querdenkerplattform: Wien-Europa, Working Paper, (3).
- Aiginger, K., Handler, H. (2020): European Identity Politics, forthcoming in Handbook on Nationalism and Identity Politics.
- Bruss, F. (2020), »25 Jahre EU-Mitgliedschaft – eine makroökonomische Bewertung«, ÖGFE Policy Brief, Jänner.
- Friesenbichler, K., Böheim, M., Peneder, M. (2019), »Die Effekte der EU-Osterweiterung in den Beitrittsländern. Evidenz auf Länder- und auf Unternehmensebene«, WIFO-Monatsberichte, 92(12), S. 907–918.
- Oberhofer, H. (2019), »Die Handelseffekte von Österreichs EU-Mitgliedschaft und des Europäischen Binnenmarktes«, WIFO-Monatsberichte, 92(12), S. 883–890.
- Porter, M. E., van der Linde, C. (1995), »Toward a new conception of the environment-competitiveness relationship«, Journal of Economic Perspectives, 9(4), S. 97–118.
- Stern, N. (2007), The economics of climate change, The Stern review, Cambridge University Press.
- Tichy, G. (2017), »Mangelnde Effizienz als Erfolgsbremse«, WIFO-Monatsberichte, 90(9), S. 677–699.
- Wolfmayr, Y. (2019), »Ungenutzte Handels- und Wohlfahrtspotential des Europäischen Binnenmarktes für Waren«, WIFO-Monatsberichte, 92(12), S. 891–906.

¹ Vgl. auch Aiginger (2019B), Friesenbichler et. al. (2019), Oberhofer (2019), Wolfmayr (2019).

² Den Brexit schieben wir zur Seite. An der Mitgliedszahl wird er nicht ändern, weil Schottland nach einer Volksabstimmung einen Beitrittsantrag stellen könnte.

³ Die Wirkung aller dieser Ursachen wird durch die Angst vor der Migration verstärkt. Diese ist der Turbo, der schleichende Unzufriedenheit mit wirtschaftlichen Verhältnissen nutzt und auf Zuwanderung und nicht die tieferen Ursachen lenkt.

⁴ Im Gegensatz zum Sprung bei den Forschungsausgaben in Österreich liegen die Forschungsausgaben der EU fast ein Drittel niedriger als in den USA und in Japan und bald auch niedriger als in China.

⁵ Die Eliteuniversität ISTA-Austria bringt Spitzenforscher nach Österreich, beeinflusst aber nicht die Forschungslandschaft und den Wirtschaftsstandort.

⁶ Die rechtsnationalen Parteien sind meist für einen Exit ihres Landes, der Austritt aber nicht mehrheitsfähig ist, verstecken sie das unter Konditionalsätzen, wie »wenn sich die EU nicht ändert« (Aiginger 2019 B). Norbert Hofer hat im österreichischen Präsidentenwahlkampf seine Austrittswünsche mit der Nähe zur Entscheidung ebenso abgeschwächt wie Harald Vilimsky im Europawahlkampf. Das Abstimmungsverhalten im EU-Parlament bei Umweltthemen, Bürgerrechten und Migration zeigt aber die Ablehnung europäischen Politik.